

## Grosser Gemeinderat Interlaken

### Protokoll der 4. Sitzung

Dienstag, 25. Juni 2019, 18:30 Uhr, Aula der Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz: Meyes Schürch Antonie, SVP

Stimmzählende: Simmler Florian, SP  
Amacher Sabrina, EVP

<b>Weiter anwesend</b>	<b>FDP</b> Betschart Christoph Boss Pia Rico Edith Michel Paul Chevrolet André Schmidhauser Corinne Künzli Beat Fuchs Oliver	<b>SVP</b> Roth Andreas Bozic Marko von Allmen Marcel Handschin Daniel Schneider Alexandra	<b>SP</b> Simmler Dorothea Rougy Dimitri Romang Hans Holzer Jürg	<b>Grüne</b> Hänggi Sandra Aulbach Adrian  <b>EVP</b> Schütz Lorenz Dummermuth Andreas  <b>EDU</b> Balmer Ueli (ab Traktandum 24)	<b>Gemeinderat</b> Graf Urs (ab Traktandum 22) Michel Peter Ritschard Philippe Stör Sabina Burkhard Hans-Rudolf (ab Traktandum 24) Boss Kaspar Christ Franz  <b>Jugendparlament</b> Fuchs Nils
<b>Abwesend</b>		Nyffeler Manuela Gebs Roger	Liechti Anja Eymann Claudia	<b>Grüne</b> von Hintzenstern Susanne	
<b>Protokoll</b>					Goetschi Philipp

### Traktanden

21. Protokoll
22. Jahresrechnung 2018
23. Teilrevision der Ortsplanung
24. Revision der Uferschutzplanung
25. Postulat Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Beantwortung
26. Postulat Romang, Biodiversität, Begründung
27. Orientierungen/Verschiedenes

**21** B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

### Protokoll

Das Protokoll der 3. Sitzung vom Dienstag, 7. Mai 2019, wird stillschweigend genehmigt.

**22** F3.07.18 Jahresrechnung 2018

### Jahresrechnung 2018

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen zur Jahresrechnung 2018.

*Gemeinderat Philippe Ritschard* macht zusätzliche Ausführungen zur dritten nach dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM2 abgeschlossenen Jahresrechnung 2018. Er teilt

mit, dass der Gemeinderat beschlossen habe, das Budget 2020 mit einer Steuersenkung zu erstellen.

*Jürg Holzer* bemerkt, die SP/Grünen hätten die umfangreichen Unterlagen geprüft, die für Laien nicht leicht verständlich seien. Dienlich wäre für die Zukunft ein Management Summary. Die Rechnung könne genehmigt werden.

*Andreas Dummermuth* dankt dem Ressort Finanzen für die grosse Arbeit und die gute Rechnung.

*Marcel von Allmen* schliesst sich dem Dank an und freut sich über das gute Ergebnis. Eine Steuersenkung zu prüfen sei richtig, aber mit Mass.

*Corinne Schmidhauser* sieht die höheren Steuereinnahmen. Die Selbstfinanzierung treibe ihr aber die Röte ins Gesicht. Die Gemeinde haben einen Investitionsstau. Die Steuern müssten nun überprüft und gesenkt werden. Ein Steuerzehntel sollte drin liegen, auch um der Bevölkerung etwas zurückzugeben und Interlaken weiter attraktiv zu halten.

### **Beschluss:**

Die Jahresrechnung 2018 wird gemäss Antrag des Gemeinderats wie folgt genehmigt:

<b>Erfolgsrechnung</b>	Aufwand <b>Gesamthaushalt</b>	CHF 36'222'032.36
	Ertrag <b>Gesamthaushalt</b>	CHF 42'359'322.44
	Ertragsüberschuss	CHF 6'137'290.08
davon		
	Aufwand <b>Allgemeiner Haushalt</b>	CHF 29'957'474.47
	Ertrag <b>Allgemeiner Haushalt</b>	CHF 35'648'474.15
	Ertragsüberschuss	CHF 5'690'999.68
	Aufwand <b>SF Abwasserentsorgung</b>	CHF 4'679'391.80
	Ertrag <b>SF Abwasserentsorgung</b>	CHF 4'930'915.76
	Ertragsüberschuss	CHF 251'523.96
	Aufwand <b>SF Abfall</b>	CHF 1'102'119.92
	Ertrag <b>SF Abfall</b>	CHF 1'158'364.46
	Ertragsüberschuss	CHF 56'244.54
	Aufwand <b>SF Liegenschaften des Finanzvermögens</b>	CHF 483'046.17
	Ertrag <b>SF Liegenschaften des Finanzvermögens</b>	CHF 621'568.07
	Ertragsüberschuss	CHF 138'521.90
<b>Investitionsrechnung</b>	Ausgaben	CHF 4'641'078.85
	Einnahmen	CHF 813'805.15
	Nettoinvestitionen	CHF 3'827'273.70
Nachkredite gemäss Ziffer 1.1.6		CHF 2'542'420.79

(einstimmig)

**23** B1.4.2 Baureglement, Zonenplan

### **Teilrevision der Ortsplanung**

*GPK-Präsident Andreas Roth* hält zum Umfang der Unterlagen fest, dieser hätte ein Milizparlament überfordert. Er könne sich nicht vorstellen, wie sich der Rat seriös hätte auf die zwei Planungsge-

schäfte vorbereiten können. Für die Vorbereitung hätte er sich eine Orientierungsveranstaltung gewünscht, wie sie bei andern Geschäften durchgeführt worden sei. Es wäre wohl besser gewesen, die beiden Planungsgeschäfte auf zwei Sitzungen zu verteilen.

*Gemeinderätin Sabina Stör* erklärt, warum die Teilrevision der Ortsplanung und die Revision der Uferschutzplanung gemeinsam angegangen und vorbereitet worden seien und jetzt auch zeitgleich zur Beschlussfassung vorgelegt würden. Dann ergänzt sie den ausführlichen Erläuterungsbericht mündlich und bestätigt, dass die einzige Einsprache gegen die Teilrevision in der Zwischenzeit zurückgezogen worden sei.

Eintreten ist unbestritten.

*Adrian Aulbach* bestätigt, dass sich inhaltlich nicht viel geändert habe und die vorgenommenen Änderungen von der Fraktion der SP/Grünen unterstützt werden können. Die höheren Parkplatzerersatzabgaben würden begrüsst.

Auch für *Christoph Betschart* und die FDP handelt es sich um eine vorwiegend formale Änderung, die aber wohl einiges gekostet habe. Schade, dass nicht bis zur kommenden Totalrevision der Ortsplanung habe zugewartet werden können. Er begrüsse die Erhöhung der Parkplatzerersatzgaben insbesondere im Zentrum, macht aber darauf aufmerksam, dass die Gemeinde aus den Gebühren auch eine Erstellungspflicht habe.

#### **Beschluss:**

1. Die Teilrevision der Ortsplanung, bestehend aus einer Änderung des Gemeindebaureglements vom 9. Dezember 2008, wird beschlossen.
2. Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung wird beantragt, die Teilrevision der Ortsplanung zu genehmigen.
3. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(23:0 Stimmen)

#### **24 B1.4.2 Baureglement, Zonenplan**

##### **Revision der Uferschutzplanung**

Die Bemerkungen von GPK-Präsident Andreas Roth beim Traktandum Teilrevision Ortsplanung gelten auch für das vorliegende Traktandum.

*Gemeinderätin Sabina Stör* ergänzt den ausführlichen Erläuterungsbericht mündlich und hält fest, dass die Festlegung des Uferwegs zwischen der Marktgasse und der Oberen Schleuse mit den Massnahmen 3 und 4 des Realisierungsprogramms sistiert und später separat beschlossen werde.

Eintreten ist unbestritten.

*Beat Künzli* sind bei genauer Betrachtung der Auswirkungen drei Massnahmen aufgefallen. Der Rastplatz am Brienersee sei unbestritten, ebenso die Massnahme 2 beim Englischen Garten. Die Massnahme zur Nutzung der alten Eisenbahnbrücke sei weiter zu verfolgen. Ob der eingesetzte Kaufpreis genüge, bleibe offen. Die übrigen Massnahmen seien im Wesentlichen übernommen oder leicht angepasst worden. Für die Kosten werde es separate Vorlagen geben. Die FDP stimme der Revision zu.

*Dorothea Simmler* hält fest, dass der Gewässerschutz und der Uferschutz ein grosses Thema für die SP/Grünen sei. Attraktionen am Wasser würden allgemein geschätzt. Die vorgesehene Fähre werde positiv aufgenommen, ebenso der Umgang mit den Einsprachen oder die Idee der Übernahme der Eisenbahnbrücke. Die kommende grosse Revision werde dann Gelegenheit geben, sich nochmals einzubringen.

*André Chevrolet* sieht einen massiven Verzug des Amtes für Gemeinden und Raumordnungen, was die Genehmigung von Planungen betreffe. Er bittet mit Nachdruck beim AGR einzufordern, dass die vorliegende Planung speditiv genehmigt werde. Zum sistierten Uferbereich bemerkt er, Oberried habe mehrere 100 Meter Uferweg am Wasser vor den Liegenschaften realisieren können. Wenn schon die Grundeigentümerschaften bereit seien, müsste dies in Interlaken auch machbar sein.

*Antonie Meyes Schürch* wünscht noch Ausführungen zu den Gestaltungen der Wege am Wasser, die ihr von *Gemeinderätin Sabina Stör* gegeben werden. Die Massnahmen hätten Priorität 3, mit der Möglichkeit, etwas zu realisieren, wenn sich die Gelegenheit biete. Für Interlaken seien Wegführungen über dem Wasser neu, weshalb diese schwieriger zu realisieren seien als in Oberried. Ziel bleibe klar eine durchgehende Uferwegverbindung am Wasser.

#### **Beschluss:**

1. Die Uferschutzplanung, bestehend aus
  - dem Uferschutzplan,
  - den Vorschriften zum Uferschutzplan,
  - dem Realisierungsprogramm nach SFG,
  - einer Änderung des Zonenplans 1 und
  - einer Änderung des Zonenplans 2wird beschlossen, wobei die Festlegung des Uferwegs zwischen der Marktgasse und der Oberen Schleuse mit den Massnahmen 3 und 4 des Realisierungsprogramms zuhanden einer späteren Beschlussfassung sistiert wird.
2. Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung wird beantragt, die Uferschutzplanung zu genehmigen und die nicht zurückgezogenen Einsprachen als öffentlichrechtlich unbegründet abzuweisen.
3. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.
4. Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung wird weiter beantragt, für das Bauvorhaben "Umgestaltung Englischer Garten, Projektänderung Erweiterung mit Grillplatz und Spielbereich sowie Ergänzung Wasserbecken" gestützt auf obige Beschlüsse der vorzeitigen Baubewilligung nach Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c des Baugesetzes zuzustimmen.

(einstimmig)

25 S4.4.24 Höheweg

#### **Postulat Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Beantwortung**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

*Vizegemeindepräsident Peter Michel* führt aus, das Teilfahrverbot im Schlauch sei seit über fünf Jahren in Kraft und bewähre sich. Auch seien im Nordquartier verschiedene flankierende Massnahmen umgesetzt worden, unter anderem auch eine Sicherung des Bahnübergangs Marktgasse mit einer Lichtsignalanlage. Eine Verschärfung des Verkehrsregimes im Schlauch, wie sie im Postulat empfohlen werde, sei aus Sicht des Gemeinderats nicht angezeigt. Das Postulat könne abgeschrieben werden.

*Beat Künzli* als erster noch im Parlament einsitzender Mitunterzeichner des Vorstosses bemerkt, dass der Schlauch nach wie vor keine Fussgängerzone sei. Das akzeptiere er. Die Verkehrsmassnahmen im Nordquartier würden hingegen zu wenig kontrolliert. Dieses Quartier sei in den letzten zwölf Monaten während acht Monaten vom Verkehr abgeschnitten gewesen. Wie sich die sanierte Marktgasse auswirken werde, werde sich erst noch zeigen. Er **beantrage** das Postulat nicht abzuschreiben, sondern die Antwortfrist um ein Jahr zu verlängern. Wenn der Verkehr im Nordquartier besser kontrolliert werde, könne eine Abschreibung in einem Jahr neu geprüft werden.

*Lorenz Schütz* zeigt sich überrascht vom Antrag Künzli. Es sei vieles gemacht worden, was zu tun gewesen sei. Das Volk habe in einer Abstimmung das heutige Verkehrsregime akzeptiert. Er hätte eine Abschreibung akzeptiert, könne aber auch dem Antrag Künzli etwas abgewinnen.

*Marko Bozic* stellt fest, dass verschiedene Massnahmen getroffen worden seien. Das Verkehrsregime im Schlauch sei heute akzeptiert. Das Postulat könne abgeschrieben werden.

*Hans Romang* sieht nach wie vor Verkehrsprobleme in Interlaken. Eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist um ein Jahr sei gut, um die Entwicklung noch weiter beobachten zu können.

*Vizegemeindepräsident Peter Michel* bestätigt, dass tägliche Kontrollen durchgeführt und Bussen ausgesprochen würden. Zuständig sei die Kantonspolizei, deren Prioritäten im Sommer nicht nur im Nordquartier lägen. Häufig würden Cars mit Schweizer Nummernschilder festgestellt, die sich nicht an die Regeln halten würden. Die Anlieferung mit Lastwagen in die Harderstrasse sei zulässig. Im Vergleich mit Spiez oder Thun habe Interlaken kein Verkehrsproblem, was auch renommierte Verkehrsingenieure bestätigt hätten.

#### **Beschluss:**

Die Frist zur Beantwortung des Postulats Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, wird um ein Jahr verlängert.

(13:9 Stimmen)

26      B1.3.1      Allgemeine Akten (Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege)

#### **Postulat Romang, Biodiversität, Begründung**

*Hans Romang* ist überzeugt, dass Biodiversität unsere Lebensgrundlage sei und nennt ein paar Fakten zur Biodiversität. Die Menschen wollten eine naturnahe Umgebung, wie eine gesamtschweizerische Umfrage zum Wohnen der NZZ und der Wüest Partner AG im Sommer 2018 bei 1600 repräsentativ ausgewählte Personen ergeben habe. Um die Lebensqualität bei dichter Bauweise zu erhalten, müsse der Aussenraum eine besonders hohe Qualität aufweisen. Dieser bringe einen Wohl- und Erholungsfaktor, Begegnungs- und Spielmöglichkeiten oder Naturerlebnisse. Naherholung reduziere den Verkehr. Der Klimawandel erfordere Massnahmen. Die Zunahme der Hitzetage, Tropennächte und Trockenperioden seien Tatsache, ebenso höhere Ozonwerte und Sommersmog. Vor allem besiedelte Gebiete würden zu Wärmeinseln. Massnahmen könnten sein: möglichst wenig versiegelte Flächen, möglichst viel Bepflanzung, begrünte Dächer und Fassaden, Schatten spendende Bäume und Sträucher. Je mehr unterschiedliche Pflanzen- und Tierarten vorhanden seien, desto stabiler seien die Ökosysteme. Mit seinem Vorstoss möchte er verschiedene Fragen angegangen und geklärt haben. Wie sehe die heutige Situation in Interlaken aus? Welche Möglichkeiten bestünden zur Aufwertung in Zukunft mit verhältnismässigem Aufwand und in Abstimmung mit der übrigen Nutzung? Was tue die Gemeinde bereits heute, um die Biodiversität nicht nur zu erhalten, sondern auch zu fördern? Welche planungs- und baurechtlichen Optionen böten sich für die Zukunft an bezüglich gemeindeeigener Grundstücke und Liegenschaften, weiterer Flächen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder privaten

Eigentums. Welche Erfahrungen machten andere Gemeinden? Welche weiteren Massnahmen zur Förderung der Biodiversität sehe die Gemeinde? Die bevorstehende Ortsplanungsrevision 2020+ sei ideal, um diese Frage anzugehen.

27 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

### Orientierungen/Verschiedenes

#### **Wortmeldungen aus dem Gemeinderat**

*Gemeindepräsident Urs Graf:* Die Umwandlung des Gemeindeunternehmens der Industriellen Betriebe Interlaken in eine Aktiengesellschaft erfolge wegen der Beschwerde gegen den Mattner Gemeindeversammlungsbeschluss vom Juni 2018 erst auf den 1. Januar 2020, obwohl die Beschwerde vom Verwaltungsgericht in der Zwischenzeit abgewiesen worden sei. Die Arbeitslast im Amt für Gemeinden und Raumordnung sei von der zuständigen Regierungsrätin erkannt worden, weshalb sie bereit sei für Verbesserungen.

#### **Neue parlamentarische Vorstösse**

##### Dringliche Motion Aulbach, Reduktion von Lichtverschmutzung durch öffentliche Beleuchtung

*Ratssekretär Philipp Goetschi* verliest die von Adrian Aulbach und 8 Mitunterzeichnenden eingereichte dringliche Motion: „Der Gemeinderat wird aufgefordert, Massnahmen gegen die Lichtverschmutzung durch öffentliche Beleuchtung zu ergreifen. Insbesondere:

- Die Strassen nach Verkehrsaufkommen und Art der Verkehrsteilnehmer zu kategorisieren und die Beleuchtung dem jeweiligen Bedarf anzupassen.
- Bei Strassen mit geringem Verkehrsaufkommen Lampen mit Bewegungsmelder einzusetzen oder die Beleuchtung nachts (nicht aber in den Abend- und Morgenstunden) ganz auszuschalten.
- Leuchtmittel mit einem tiefen Blauanteil zu wählen.
- Die Lampen mit Blenden zu versehen, damit nur der gewünschte Bereich ausgeleuchtet wird.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung der Dringlichkeit: Die Umstellung auf neue Leuchtmittel findet bereits statt und schreitet rasch voran. Daher sollte die Gunst der Stunde genutzt werden; eine nachträgliche Umsetzung wäre teurer, da relativ neue Lampen schon nach kurzer Zeit ersetzt oder nachgerüstet werden müssten.“

*Ratspräsidentin Antonie Meyes Schürch* unterbricht um 20.33 Uhr für fünf Minuten die Sitzung, damit das Ratsbüro über die Dringlichkeit befinden kann. Nach dem Sitzungsunterbruch teilt sie mit, dass das Ratsbüro die Dringlichkeit mit Mehrheitsbeschluss bejahe.

*Adrian Aulbach* hält fest, seit den 90er-Jahren hätten sich die nach oben gerichteten Lichtemissionen mehr als verdoppelt. Eine natürliche Dunkelheit in der Nacht werde dadurch immer seltener. Dies störe nicht nur nachtaktive Tiere und Pflanzen, auch beim Menschen seien Auswirkungen auf den Tag-/Nachtrhythmus bekannt, die zu Schlafstörungen führen könnten und sich so auch auf die Produktivität niederschlagen würden. Ein klarer Sternenhimmel habe auch touristischen Wert. Die neuen LED-Leuchtmittel könnten die Lichtverschmutzung durch die höhere Leistung und den hohen Blauanteil in ihrem Licht verschlimmern, gleichzeitig würden sie aber auch ermöglichen, Lampen einzeln und präzise anzusteuern und die Lichtmenge so dem Bedarf anzupassen. Die vorgeschlagenen Massnahmen seien nicht von ihm erfunden, sondern seien für Gemeinden mit Energiestadt-Label empfohlen.

##### Anfrage Boss, Siedlungsabfälle von Grossfirmen

*Pia Boss* hatte Gelegenheit, im Mai auf dem Kehrlichfahrzeug mitfahren. Sie danke dem Kehrlichteam für die Arbeit. Die Abfallentsorgung für grosse Firmen mit schweizweit mindestens 250 Mitarbeitenden dürfe nicht mehr durch die Gemeinden erfolgen oder nur noch kostendeckend im Auftragsverhältnis. Wie weit sei die Gemeinde in der Umsetzung dieser neuen Regelung?

*Gemeinderat Kaspar Boss* antwortet, die Problematik sei bekannt und die Gemeinde sei über die neuen Vorschriften nicht erfreut. Es fänden Gespräche statt, auch mit den Nachbargemeinden. Über die Ergebnisse werde informiert werden.

#### **Wortmeldungen aus dem Rat**

*Hans Romang* dankt dem Milizgemeinderat für die geleistete Arbeit, insbesondere auch der heutigen Hauptreferentin Sabina Stör.

Schluss der Sitzung: 20:45 Uhr

Die Präsidentin

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden

